

II-3241 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 6. Feb. 1974

No. 1613/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Schmidt, Zeillinger und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend die Umwandlung von Naturalwohnungen in Mietwohnungen.

Bis zum 31. März 1974 ist es öffentlich Bediensteten aus verschiedenen Verwaltungszweigen, welche Inhaber von Naturalwohnungen sind, möglich, die Umwandlung ihrer Naturalwohnung in eine Mietwohnung zu verlangen. Diese Antragstellung findet ihre Stütze in diversen Erlässen aus dem Jahre 1971.

Mit dieser Möglichkeit einer Änderung des Rechtsverhältnisses ist zwar einerseits eine höhere finanzielle Belastung im Wohnungsaufwand für diese Bediensteten verbunden, wird aber andererseits das Moment der sozialen Unsicherheit in der Wohnungsversorgung des Bediensteten im Falle seiner Pensionierung, bzw. der nahen Angehörigen im Falle seines Ablebens beseitigt. Im Bereiche des Bundesministeriums für Landesverteidigung ist eine solche Regelung im Erlaßwege bisher nicht erfolgt, was bei den betreffenden Bediensteten in diesem Ressort Unmut und vermehrte Unsicherheit ausgelöst hat.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung die

A n f r a g e:

- 1.) Aus welchen Gründen ist eine erlaßweise Regelung der Möglichkeit einer Umwandlung von Naturalwohnungen in Mietwohnungen im Bereiche Ihres Ministeriums nicht erfolgt?
- 2.) Werden Sie den Bediensteten Ihres Ressorts auch diese Möglichkeit einräumen?
- 3.) Wenn nein, welche Sicherheiten werden den Inhabern solcher Naturalwohnungen im Pensionierungsfalle bzw. deren Witve und Kindern im Falle des Ablebens des Bediensteten in bezug auf die Wohnraumversorgung gewährt?